

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 31. Oktober 1988

Blatt 2153

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Städtebund: Neue Belastungen der Gemeinden als Schulerhalter (2154/FS: 29.10.)
- Spatenstich für Simmeringer Sommerbad (2155/FS: 29.10.)
- Städtebund unterstützt Vorschlag des Innenministeriums (2157/FS: 30.10.)
- Woche der Verkehrssicherheit in der Donaustadt (2158)
- Fußball-Linie "45" zum Stadion (2158)
- Mietermitbestimmung wird neu verhandelt (2159)
- Edlinger: Ziel kann nur sein, Mieterrechte zu stärken (2161)
- ÖVP über Mietermitbestimmung gesprächsbereit (2162)

Kultur:

- Führungen in den Museen der Stadt Wien im November (2156/FS: 30.10.)
- Kauer: Kulturbudget anheben (2160)

Städtebund: Neue Belastungen der Gemeinden als Schulerhalter

Aufspaltung des Polytechnischen Lehrganges droht

Wien, 29.10. (RK-KOMMUNAL) Kaum sind die Verhandlungen über den Finanzausgleich abgeschlossen worden, der den Gemeinden den durch die Steuerreform entstandenen Ausfall in Milliardenhöhe nur zum Teil abgilt, kommt mit der 1989 geplanten Einführung des Informatikunterrichtes am Polytechnischen Lehrgang eine neue Belastung auf die Gemeinden als Schulerhalter zu. Der Städtebund begrüßt zwar, daß an den Schulen moderner Informatikunterricht gehalten wird, er kann jedoch nicht akzeptieren, daß die dadurch entstehende Mehrbelastung nur von den Gemeinden getragen werden und keine Abgeltung durch den Bund erfolgen soll.

Erhebungen des Städtebundes ergaben, daß allein die Erstausrüstung mit den erforderlichen Geräten einen Aufwand in Millionenhöhe erfordert, der durch die notwendige Anschaffung der Programme sowie durch die baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen, die derzeit noch gar nicht abgeschätzt werden können, zusätzlich vergrößert wird. Bei den Verhandlungen, die vom Bundesministerium für Finanzen mit den Gemeinden zu führen sind, plädierte daher Städtebund-Generalsekretär Dr. PRAMBÖCK für eine volle Abgeltung dieser Kosten durch den Bund. „Keinesfalls darf es, wie vom Bund vorgesehen, zu einer Zweiteilung des Polytechnischen Lehrganges kommen, da durch ein gestaffeltes Inkrafttreten der Lehrpläne Schulen mit Informatikunterricht und Schule ohne Informatikunterricht geschaffen werden. Das würde eine schwere qualitative Beeinträchtigung des Polytechnischen Lehrganges bedeuten. Das in der Regierungserklärung angestrebte Ziel einer Gesamtreform des Polytechnischen Lehrganges müßte vielmehr beinhalten, daß die durch die Umstrukturierung einzusparenden Mittel auch den Gemeinden zur Erfüllung ihrer neuen Aufgaben zugute kommen.“ (Schluß) stb/gg

Bereits am 29. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Spatenstich für Simmeringer Sommerbad

Wien, 29.10 (RK-KOMMUNAL) Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL nahm am Samstag vormittag den Spatenstich für das neue Simmeringer Sommerbad vor. Das Sommerbad wird neben dem Hallenbad, 11., Florian-Hedorfer-Straße 5 errichtet. Heute gab es doppelten Grund zum Feiern: Das Hallenbad Simmering ist nämlich 10 Jahre alt geworden. Im Rahmen der Spatenstichfeier wurden an die Besucher bereits Eintrittskarten für das Sommerbad, dessen Fertigstellung für Mai 1990 geplant ist, kostenlos vergeben. Zwei Simmeringer Hauptschulen zeigten den zahlreichen Festgästen Geschicklichkeits- und Schwimmwettkämpfe. (Schluß) red/bf

Bereits am 29. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Führungen in den Museen der Stadt Wien im November

Wien, 30.10. (RK-KULTUR) In den Museen der Stadt Wien finden im November folgende Führungen statt:

Historisches Museum der Stadt Wien, Karlsplatz:

Dienstag, 1.11., 10 Uhr: „Sagen und Geschichten aus dem alten Wien“, Kinderführung (Dr. Reingard Witzmann)

Dienstag, 1.11., 15 Uhr: „Wiener Frauenleben“ (Dr. Reingard Witzmann)

Samstag, 5.11., 15 Uhr; Sonntag, 6.11., 10 und 15 Uhr: „Liebling, wir brauchen ein Kleid — Wiener Damenmode vom Empire zum Fin de Siecle“ (Dr. Regina Karner)

Samstag, 12.11., 15 Uhr; Sonntag, 13.11., 10 und 15 Uhr: Sonderausstellung „Der Novemberpogrom 1938 — Die 'Reichskristallnacht' in Wien“ (Dr. Hans Bisanz)

Samstag, 19.11., 15 Uhr: „Berühmte Leute, die früher in Wien gelebt haben“, Kinderführung (Dr. Wilhelm Deutschmann)

Sonntag, 20.11., 10 Uhr: Sonderausstellung „Der Novemberpogrom 1938 — Die 'Reichskristallnacht' in Wien“ (Direktor Dr. Günter Düriegl)

Sonntag, 20.11., 15 Uhr: „Wie Wien früher aussah“, Kinderführung (Dr. Wilhelm Deutschmann)

Samstag, 26.11., 15 Uhr; Sonntag, 27.11., 10 und 15 Uhr: Sonderausstellung „Der Novemberpogrom 1938 — Die 'Reichskristallnacht' in Wien“ (Dr. Karl Albrecht-Weinberger)

Uhrenmuseum, Schulhof 2, 1010 Wien

Sonntag, 6.11., 10 Uhr: „Gotik bis Jugendstil, dokumentiert am Uhrengehäuse“ (Franz Scharinger)

Sonntag, 6.11., 11 Uhr: „Spielwerke aus Holz und Metall“ (Franz Scharinger)

Sonntag, 20.11., 10 Uhr: „Die japanische Uhr im Wandel der Zeit“ (Franz Scharinger)

Sonntag, 20.11., 11 Uhr: „Die programmierte Bewegung der Figurenautomaten“ mit Vorführung der Objekte! (Franz Scharinger)

Für geschlossene Gruppen ab acht Personen können auch andere Termine vereinbart werden. Führungen in der Hermesvilla sind nur gegen Voranmeldung möglich (84 13 24), Anmeldungen für das Uhrenmuseum unter der Nummer 533 22 65, für die übrigen Museen und Gedenkstätten der Stadt Wien unter der Nummer 505 87 47/46 DW. Die Führungen sind (außer in der Hermesvilla) kostenlos. (Schluß) gab/rr

Bereits am 30. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Städtebund unterstützt Vorschlag des Innenministeriums für Volkszählungsgesetznovelle

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die vom Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes Mag. Franz ROMEDER geäußerte Meinung, daß Studenten bei der Volkszählung 1991 per Gesetz am Heimatort gezählt werden sollen, widerspricht dem Geist des Verfassungsgerichtshofurteils aus 1982. Ein Grund für die seinerzeit erfolgte Aufhebung des Volkszählungsergebnisses 1981 war, daß zu wenig auf die tatsächlichen Verhältnisse, wo ein Bürger seinen ordentlichen Wohnsitz hat, Bedacht genommen wurde. Der nunmehr vom Bundesministerium für Inneres vorgelegte Entwurf, der unter Mitwirkung aller Betroffenen, insbesondere des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes sowie von Verfassungsexperten ausgearbeitet wurde, folgt diesen, in der Begründung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes dargelegten Grundsätzen, betonte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dr. Erich PRAMBÖCK.

Wenn nunmehr der Gemeindebund die Festlegung des ordentlichen Wohnsitzes für alle Studenten am Heimatort fordert, dann können die besonderen Verhältnisse bestimmter Gruppen, wie zum Beispiel von Studenten, die bereits einer Beschäftigung nachgehen, oder verheirateter Studenten, nicht berücksichtigt werden. Damit wäre auch das Volkszählungsergebnis 1991 wieder von einer Anfechtung bedroht.

Der Österreichische Städtebund vertritt zur Novellierung des Volkszählungsgesetzes die Auffassung, daß im Zuge der Volkszählung die tatsächlichen Verhältnisse objektiv festgestellt werden sollen. Es ist dies eine Auffassung, die von allen am Novellierungsentwurf Mitarbeitenden geteilt wurde. Umso größere Verwunderung ruft nun das einseitige Vorgehen des Gemeindebundes hervor, welches die jahrelangen Bemühungen um einen ausgewogenen Entwurf, der auch einer verfassungsrechtlichen Prüfung Stand halten sollte, zunichte machen würde. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes: „Ich befürchte, daß es dem Österreichischen Gemeindebund in dieser Frage nicht um ein richtiges Zählergebnis, sondern um eine Bevorzugung von bestimmten Gemeinden geht, weil verschiedene Abgaben nach der Einwohnerzahl verteilt werden.“
(Schluß) stb/rr

Bereits am 30. Oktober 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Woche der Verkehrssicherheit in der Donaustadt

Wien, 31.10. (RK-LOKAL) In der Donaustadt wird vom 2. bis zum 5. November eine „Woche der Verkehrssicherheit“ durchgeführt. Im Rahmen dieser Aktion, an der zahlreiche Geschäftsleute aus dem 22. Bezirk teilnehmen, soll in einer Kampagne auf das Thema Verkehrssicherheit aufmerksam gemacht werden. Zahlreiche Quizspiele werden die Bewohner der Donaustadt und des Umlandes darauf aufmerksam machen, daß nur die gegenseitige Rücksichtnahme, das Miteinander, und das Zurückstellen von Einzelinteressen den entsprechenden Erfolg bringen wird, nämlich die Unfallziffern zu senken. Eine Attraktion bietet der lange Einkaufssamstag am 5. November: Eine Oldtimer-Straßenbahn verkehrt zum Nulltarif zwischen Floridsdorf und der Donaustadt.

Die Woche der Verkehrssicherheit wird vom Donaustädter Bezirksvorsteher, Albert SCHULTZ, am 2. November im Atrium des Donauzentrums um 14 Uhr eröffnet. (Schluß) red/rr

Fußball-Linie „45“ zum Stadion

Wien, 31.10. (RK-LOKAL) Am Mittwoch, dem 2. November, findet im Wiener Praterstadion das Fußball-Länderspiel Österreich-Türkei statt. Aus diesem Grund fahren die Straßenbahnlinien „O“, „18“, „21“ und die Autobuslinie „75 A“ mit kürzeren Intervallen. Weiters wird die U-Bahn-Linie U1 verstärkt geführt.

Zusätzlich verkehrt eine Straßenbahnlinie mit dem Liniensignal „45“ ab dem Stadion über die Linie „21“ zum Praterstern und weiter die Strecken der Linie „5“, „46“ und „10“ bis Hütteldorfer Straße, Bahnhof Breitensee. (Schluß) roh/rr

Mietermitbestimmung wird neu verhandelt

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Die Verhandlungen über das Mietermitbestimmungsstatut für Wiens 220.000 Gemeindewohnungen werden nun nochmals neu aufgenommen. Die Beschlußfassung über das Statut wurde vergangenen Freitag im Wiener Gemeinderat nach einer längeren Debatte von der Tagesordnung abgesetzt und vertagt. Das gab Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Montag bei einer Pressekonferenz bekannt.

Dieser Entscheidung war eine Diskussion vorangegangen, in deren Verlauf die SPÖ und die FPÖ — wie schon im Gemeinderatsausschuß — ihre Zustimmung zum Mietermitbestimmungsstatut, die ÖVP jedoch zunächst ihre Ablehnung signalisiert hatte.

Im Verlauf der Debatte habe er, so Wohnbaustadtrat Edlinger, erklärt, daß für ihn und die Wiener SPÖ diese Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Gemeindemieter selbstverständlich unvereinbar sei mit der automatischen Einhebung von Mitgliedsbeiträgen für eine bestimmte Mieterorganisation durch die städtische Wohnhäuserverwaltung. Er habe dem Gemeinderat die bereits getroffene Entscheidung mitgeteilt, daß mit dem Inkrafttreten des Mietermitbestimmungsstatuts eine derartige Einhebung von Mitgliedsbeiträgen eingestellt wird. Die ÖVP zeigte sich daraufhin interessiert und bereit, für den Fall neuerlicher Verhandlungen über das Statut, auch eine Verankerung und Erweiterung der Mitwirkung der Mieter auch im Mietrechsgesetz politisch mitzutragen.

Während einer Sitzungsunterbrechung einigten sich die Landesparteiobmänner der SPÖ und der ÖVP, Vizebürgermeister Hans MAYR und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, die Verhandlungen über das Statut neuerlich aufzunehmen und in spätestens vier Wochen zu einer Entscheidung zu gelangen. Der Tagesordnungspunkt wurde daraufhin zur weiteren Verhandlung an den zuständigen Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung zurückverwiesen, der darüber am 7. November beraten wird. Die Beschlußfassung über das Statut soll nun im Rahmen der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 28. bis 30. November erfolgen.

Es ist erfreulich und im Interesse aller Mieter, wenn in der Frage der Erweiterung von Mitbestimmungsrechten im Wohnbereich ein demokratischer und von allen relevanten Kräften getragener Konsens zustandekommt, meinte Edlinger. Egal muß dabei sein, ob die Menschen in Gemeinde-, Genossenschafts- oder Privathäusern wohnen, denn jeder Mensch muß die gleiche Chance und das gleiche Recht haben, seinen unmittelbarsten Lebensbereich mitzugestalten. Die Beschlußfassung eines Mietermitbestimmungsstatutes kann daher nur ein erster Schritt sein, dem weitere im Bereich des Mietrechts- und des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes folgen müssen. Da diese Gesetze aber auch Bundesgesetze sind, kann das Land Wien nur seinen Willen zu entsprechenden Änderungen dem Bundesgesetzgeber kundtun.

Mehr Mitbestimmung im Wohnbereich bedeute mehr Demokratie in einem der wichtigsten Lebensbereiche des Menschen, sagte Edlinger. Es wird damit einiges nachgeholt, was in einem anderen sehr wichtigen Lebensbereich, dem Arbeitsleben, seit bald einem Jahrhundert besteht. Mehr Mitbestimmung auch im Wohnbereich fördert die Gemeinschaft und die demokratische Reife der Menschen und sie ist zugleich eine zeitgemäße politische Herausforderung an alle. (Forts. mgl.) ah/rr

Kauer: Kulturbudget anheben

Wien, 31.10. (RK-KULTUR) Im Pressegespräch der ÖVP forderte GR. Mag. KAUER am Montag die Anhebung des Wiener Kulturbudgets, das mit derzeit rund einem Prozent des Gesamtbudgets weit unter den Vergleichszahlen deutscher Städte liege. Kauer kritisierte auch die Ausrichtung der Städtischen Bühnen auf einen reinen Musical-Spielplan und die Form der Schuldenabdeckung des Raimundtheaters, die vor allem den Banken genützt habe. Im Hinblick auf die Weltausstellung 1995 forderte Kauer eine auf dieses Ereignis ausgerichtete Kulturpolitik und die zeitlich begrenzte Zusammenarbeit aller Fraktionen im Wiener Rathaus. (Schluß) gab/rr

Edlinger: Ziel kann nur sein, Mieterrechte zu stärken

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Die Diskussion um die Mietermitbestimmung für Wiens Gemeindewohnungen könne nur zum Ziel haben, generell die Mieterrechte zu stärken, egal wer der Eigentümer der Wohnung ist, sagte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER am Montag bei einer Pressekonferenz. Mitbestimmung im Wohnbereich sei ein demokratischer und zugleich humanistischer Erziehungsprozeß, der nicht nur für den Bereich der Gemeindewohnungen gelten könne. Die Form des partnerschaftlichen Interessenausgleiches habe sich, so Edlinger, insbesondere in Praxis der Stadterneuerung in den letzten Jahren bereits bewährt, wo die Rücksichtnahme auf Mieterinteressen in der Regel zu raschen und konfliktfreien Wohnhaussanierungen führt.

Stadtrat Edlinger betonte, daß das Mietermitbestimmungsstatut für die 220.000 Wiener Gemeindewohnungen in keiner Weise die Rechte des einzelnen auf Einschau in Unterlagen oder ähnliches einschränken könne oder wolle. Eine Erweiterung der Rechte des einzelnen sei aber nur bei gleichzeitiger Änderung der gesetzlichen Grundlage dieses Statuts, nämlich des Mietrechtsgesetzes, möglich. Edlinger meinte, daß er in der Frage der Mitbestimmung im Wohnbereich bei der ÖVP Signale eines Umdenkens erkenne und wertete es als äußerst positiv, daß der Landesparteiobmann der Wiener ÖVP, Dr. Erhard BUSEK, seine Bereitschaft signalisiert habe, entsprechende Änderungen des Mietrechtsgesetzes mitzutragen. „Dieser Konsens ist deshalb so wichtig, weil ja nur durch ein Zusammenwirken der großen Parteien auch auf Bundesebene eine derartige Gesetzesänderung möglich ist“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/rr

ÖVP über Mietermitbestimmung gesprächsbereit

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Gesprächsbereitschaft über das Mietermitbestimmungsstatut und eine Erweiterung von Mitbestimmungsrechten des Einzelnen im Mietrechtsgesetz signalisierte am Montag GR. Dr. Wolfgang PETRIK (ÖVP) bei einer Pressekonferenz. Petrik verwies auf den Erfolg der ÖVP, daß das Mitbestimmungsstatut vergangenen Freitag von der Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt wurde, um es neuerlich zu verhandeln. Es gebe noch zahlreiche Ungereimtheiten im Statut. So habe die ÖVP Sorge, daß durch die Wahl von Mieterbeiräten es den einzelnen Mieter faktisch nicht mehr möglich ist, sich direkt an die Wohnhäuserverwaltung zu wenden. Auch gebe es kaum genaue Aussagen darüber, wie die Wahl der Mieterbeiräte vorsich gehen soll.

Petrik verwies darauf, daß es für die ÖVP einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Eigentum an Wohnraum gebe und sie sich daher in den Verhandlungen sehr differenziert verhalten werde. Die ÖVP werde keine Eingriffe in das Privateigentum zulassen. Ob die ÖVP auch entsprechende Änderungen des Mietrechtsgesetzes mittragen werde, hänge vom Ergebnis der nun folgenden Verhandlungen über das Mietermitbestimmungsstatut für die Wiener Gemeindewohnungen ab. Petrik sagte, daß er eine Konsens für möglich hält.

Als historisch wertete Petrik die Bereitschaft der SPÖ, daß künftig der Mitgliedsbeitrag für die Mietervereinigung nicht mehr automatisch mit der Miete von der städtischen Wohnhäuserverwaltung eingehoben werden soll. Dies sei ein weiterer Schritt zur Entpolitisierung des Wohnbereiches. (Schluß) ah/bs